

Unverkäufliche Leseprobe



Barbara Manthe
Terror von Rechts

Die Geschichte einer andauernden Gefahr

2026. 383 S., mit 27 Abbildungen
ISBN 978-3-406-84624-3

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/40247853>

BARBARA MANTHE
TERROR VON RECHTS

BARBARA MANTHE

TERROR VON RECHTS

Die Geschichte einer
andauernden Gefahr

C.H.Beck

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2026
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen
dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 84624 3



verantwortungsbewusst produziert www.chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Inhalt

Einleitung	8
 1. Die Anfänge: Rechtsterrorismus in den 1950er und 1960er Jahren	 20
Die unmittelbare Nachkriegszeit	21
<i>Stay behind</i> in Westdeutschland: Der Technische Dienst	26
Gefährdete Demokratie? Skandal um den Technischen Dienst	31
Antisemitische Gewalt in den 1950er Jahren	36
Die antisemitische «Schmierwelle» 1959/60	38
Der neue Rechtsterrorismus Anfang der 1960er Jahre	40
Anschläge auf die Berliner Mauer	42
Das Attentat auf Rudi Dutschke	45
Wer ist Josef Bachmann?	
Die öffentliche Debatte nach dem Attentat	48
Bachmann vor Gericht	53
 2. Bereit für den «bewaffneten Kampf». Rechtsterrorismus in den 1970er Jahren	 58
Radikalisierungsprozesse und Gewaltbereitschaft	60
Kontakte in den arabischen Raum	66
Der Blick richtet sich nach links	69
Militanter Rechtsradikalismus im Fokus	71
Rechtsterroristische Gruppen und Netzwerke in den späten 1970er Jahren	76
Staatliche Reaktionen	78
Wie die RAF? Verschiebungen im öffentlichen Diskurs	81
Konservative Gegenerzählungen	84
«Hitlerwelle» und Neonazismus	86

Die Rückkehr der NS-Vergangenheit	89
Rechtsradikale Gewalt als Jugendproblem	94
3. Die rechtsterroristische Herausforderung 1980/81	97
Die Anschläge der Deutschen Aktionsgruppen	98
Der Anschlag auf das Oktoberfest	102
Nach dem Attentat	106
Rechtsterrorismus als Sicherheitsproblem: Reaktionen 1980/81	114
Die Rechtsterrorismusdebatte im Herbst 1981	121
Blinde Flecken: Judenfeindliche Anschläge in den frühen 1980er Jahren	123
4. Der Aufstieg der rechten Skinheadkultur in den 1980er Jahren	130
Debatten über «Ausländerfeindlichkeit»	132
Das Attentat Helmut Oxners in Nürnberg 1982	134
Der Regierungswechsel 1982	138
Neue Szenen, neue Gewaltdynamiken: Skinheads und Hooligans ..	140
Jugendphänomen oder politisches Problem?	145
Rechtsradikale Gewalt vor dem Mauerfall	152
5. Rechter Terror im vereinigten Deutschland	156
Der Anstieg der Gewalt ab Herbst 1990	157
Augenmerk auf die neuen Bundesländer	159
Woher kommt die Gewalt?	162
Migrationsdebatten in den frühen 1990er Jahren	165
Ein ostdeutsches Problem?	168
Jugend in der Krise?	171
Rechtsterrorismus nach der Vereinigung	175
Rostock und die Reaktionen	177
Interventionen und Gegenwehr im Herbst 1992	182
Mölln	186
Lichterketten und die Grenzen der Zugehörigkeit	190
Der Brandanschlag von Solingen	195
Die Gewalt ebbt ab	201

6. Der «Nationalsozialistische Untergrund»	204
Gewaltdebatten am Ende der 1990er Jahre	205
Einschätzungen aus der Fachwelt	208
Jena 1998: Der Weg in den Untergrund	210
Unter Beobachtung: Die Thüringer Neonaziszene am Ende der 1990er Jahre	213
Rechtsterrorismus und rechtsradikale Gewalt um die Jahrtausendwende	217
Der «Aufstand der Anständigen» im Sommer 2000	221
Der Beginn der NSU-Mordserie	226
Rechtsterrorismus ab 2003	229
Der Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße	234
Die Morde des NSU, 2005 bis 2007	238
Islamfeindlichkeit	245
Die Aufdeckung des NSU im November 2011	247
Vertrauenskrisen	249
Die parlamentarische und juristische Aufklärung	252
Diskursverschiebungen	257
 7. Die Gegenwart des Rechtsterrorismus	 260
Migrationsdebatten 2015/16	260
Rechtsterroristische Gruppen seit 2015	264
Rechtsradikale Netzwerke und politische Skandale	266
Angriffe auf Politiker und Mandatsträger	269
Der neue Terrorismus des digitalen Zeitalters	273
Rechtsterrorismus als Demokratieproblem	276
 8. Schlussbemerkung	 284
 Dank	 295
Anmerkungen	297
Literaturverzeichnis	352
Bildnachweis	378
Register	379

Einleitung

Am Abend des 26. September 1980 fand der bis heute schwerste terroristische Sprengstoffanschlag in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Am Haupteingang des gut besuchten Oktoberfests explodierte gegen 22 Uhr eine Bombe; tausende Besucher waren gerade auf dem Heimweg. Die Detonation tötete 13 Menschen und verletzte über 200, viele von ihnen schwer. Schon am Folgetag verdichteten sich die Hinweise, dass der Täter ein junger Rechtsradikaler war, der Kontakt zu der kürzlich verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann gehabt hatte. Der Terroranschlag fiel in eine Phase schwerer rechtsterroristischer Gewalt. Erst im Vormonat waren bei einem rassistischen Brandanschlag in Hamburg zwei junge Vietnamesen ums Leben gekommen.

Ende September 1980 lief auch der Bundestagswahlkampf auf vollen Touren. Schon in der Tatnacht eilten Politiker an den Ort des Geschehens und eröffneten eine polarisierte politische Debatte, in der die Unionsparteien, insbesondere Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß (CSU), die sozialliberale Bundesregierung bezichtigten, Verantwortung für die Gewalteskalation zu tragen. Die Medien beteiligten sich an der Kontroverse, berichteten aber auch über die zunehmende Gewalt von rechts. Der Schmerz der Verletzten und Hinterbliebenen hingegen war nur punktuell Thema.

Im Herbst 1981, ein Jahr nach dem Attentat, hatte die große Aufmerksamkeit bereits nachgelassen. Der Jahrestag war den überregionalen Medien keine große Schlagzeile wert. Weder Bundeskanzler Schmidt noch andere Kabinettsmitglieder reisten zur Gedenkfeier an und auch das Oktoberfest wurde nicht unterbrochen. Der Rechtsterrorismus war aber immer noch ein aktuelles Problem in der Bundesrepublik, zwischenzeitlich hatten rechtsradikale Gewalttäter weitere Menschen ermordet.

Lange Zeit fand das Attentat gegen die Besucher des Oktoberfests auch in historischen Gesamtdarstellungen über die Bundesrepublik allenfalls eine kurze Erwähnung.¹ Dies trifft für viele andere rechtsterroristische Gewalttaten seit 1945 gleichermaßen zu. Die Relevanz des Rechtsterrorismus für die Geschichte und die Gesellschaft dieses Landes wurde lange Zeit übersehen. Erst mit der Enttarnung des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im November 2011 und der damit einhergehenden Erkenntnis, dass Rechtsterroristen über Jahre hinweg unerkannt hatten morden können, änderte sich dies. Seit 2011 wird erstmals umfassend und kontinuierlich auch über die historische Dimension des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik gesprochen und geforscht.

Dieses Buch setzt hier an und behandelt die vielschichtige Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Geschichte ist primär eine von großem menschlichem Leid: der Verletzung und des körperlichen Schmerzes, der Traumatisierung und der Trauer um ermordete Kinder, Geschwister, Eltern und Freunde. Lange Zeit wurde diese Geschichte, die viel von Marginalisierung und Ausgrenzung erzählt, in der Bundesrepublik nicht gesehen. Stattdessen blickte man vorrangig auf die Täter.

Die Geschichte des Rechtsterrorismus ist auch eine der politischen Radikalisierung und der Immanenz der Gewalt im Rechtsradikalismus. Sie reicht von der Entstehung der militanten radikalen Rechten in den Anfängen der Republik, als das Ende des NS-Regimes erst wenige Jahre zurücklag, bis hin zu den gewaltsamen Antworten auf die Umbrüche und Krisen der Gegenwart. Unter ganz unterschiedlichen historischen Rahmenbedingungen zeigt sich, dass rechtsradikale Aktivisten in wechselnder Zahl jederzeit zu brutaler Gewalt, Anschlägen und Morden bereit waren.

Schließlich ist die Geschichte des Rechtsterrorismus eine Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Die Fragen nach Gewaltursachen, angemessenen Bewältigungs- und Lösungsstrategien waren und sind immer wieder Gegenstand teils heftigster Kontroversen. Ein Blick auf den staatlichen ebenso wie den nicht-staatlichen Umgang mit dem Rechtsterrorismus informiert über eine Geschichte der Verharmlosung, des Wegsehens und der Ratlosigkeit, aber auch der Wachsamkeit, der Massenproteste und der Gegenwehr. Diese Reaktionen auf den Rechtsterrorismus

verraten sehr viel über das Selbstverständnis und den Zustand unseres Landes.² Sie stehen mit anderen Geschichten der Bundesrepublik in enger Beziehung – insbesondere der Nachgeschichte des Nationalsozialismus, der Migrationsgeschichte und der Transformationsgeschichte nach 1989/90.

Nicht alle diese Geschichten können in diesem Buch bis ins Detail erzählt werden, wohl aber wird darin der Versuch unternommen, drei Erzählstränge miteinander zu verflechten: Es untersucht rechtsterroristische Gewaltstrategien und -praktiken, Anschläge und Attentate seit den Anfängen der Bundesrepublik. Es analysiert die staatlichen, politischen, medialen und wissenschaftlichen Reaktionen auf den Rechtsterrorismus und es beleuchtet die Perspektiven und Erfahrungen von Betroffenen rechtsterroristischer Gewalt.

Der Rechtsterrorismus in der Geschichte der Bundesrepublik

Im Hinblick darauf, wie der Rechtsterrorismus nach 1949 entstanden ist und wie er sich weiterentwickelt hat, war die Geschichte der Bundesrepublik sicherlich keine Erfolgsgeschichte. Bei aller Vorsicht, die bei der Auswertung offizieller und nicht-offizieller Gewaltstatistiken geboten ist, lassen sich vom heutigen Standpunkt aus vier Zeitabschnitte identifizieren, in denen rechtsterroristische Gewalt besonders gravierend gewesen ist: Es waren erstens die frühen 1980er Jahre, als Anschläge wie auf dem Münchner Oktoberfest zahlreiche Todesopfer forderten. Unmittelbar nach der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 eskalierte zweitens in der gesamten Bundesrepublik die rechtsradikale Gewalt in einem bis heute beispiellosen Maß; jahrelang hielt die Gewalt an, ohne dass ihr ein Ende gesetzt werden konnte. In den neonazistischen Milieus der frühen 1990er Jahre radikalisierten sich drittens die späteren Mitglieder und Unterstützer des Nationalsozialistischen Untergrunds, die 1999 mit einer viele Jahre unentdeckten Mord- und Anschlagsserie begannen. Rechtsradikale Gewalt stieg viertens Mitte der 2010er Jahre erneut stark an und mündete in Attentaten mit vielen Toten, unter anderem 2016 in München, 2019 in Halle und 2020 in Hanau.

Einer dieser Zeitabschnitte fällt in die Spätphase der Bonner Republik, drei davon liegen im vereinigten Deutschland. Rechtsterroristische Ge-

walt nahm also genau dann erheblich zu, als die Republik auf Jahrzehnte der durchaus erfolgreichen Demokratisierung und Liberalisierung zurückblicken konnte. Auch die nationalsozialistischen Verbrechen, über die in der frühen Bundesrepublik überwiegend geschwiegen worden war, wurden ab den späten 1970er Jahren weitaus breiter thematisiert und erinnert als zuvor. Einerseits haben sich Rechtsterroristen dem Kampf gegen eben diese Demokratisierungsprozesse, gegen den Erfolg liberaler Gesellschaftsformen und eine kritische Aufarbeitung der NS-Zeit verschrieben. Andererseits fühlten sie sich seit den frühen 1980er Jahren durch regelmäßig aufkommende, polarisiert und emotional geführte Migrationsdebatten zu Morden und Attentaten ermächtigt.

In eine reine Erfolgserzählung der Bundesrepublik, die die erfolgreiche Abkehr vom Nationalsozialismus hin zur Demokratie beschreibt, ist die Geschichte des Rechtsterrorismus – genauso wie die des Rechtsradikalismus im Allgemeinen – somit nur schwer zu integrieren. Solche Erfolgsgeschichten wiesen dem Rechtsradikalismus als direkte und zeitlich begrenzte Nachwirkung des Nationalsozialismus in aller Regel nur einen Platz ganz am Rande der Geschichtsschreibung zu. Mit der zunehmenden Stabilisierung und Wehrhaftigkeit der Demokratie galt er spätestens zu Beginn der 1960er Jahre als bewältigt, zumal kontinuierliche Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien ausblieben.³ Eine solche Perspektive erklärt freilich nicht den Anstieg von Gewaltqualität und -quantität seit den 1980er Jahren und beweist zudem wenig Gespür für die Erfahrungen der Betroffenen rechtsradikaler und rechtsterroristischer Gewalt.⁴ In diesem Sinne versteht sich dieses Buch als ein Beitrag zu neueren Ansätzen in den Geschichtswissenschaften, die die Vielfältigkeit und den Facettenreichtum der Geschichte der Bundesrepublik betonen. Diese Ansätze lösen sich von «der einen» Geschichte der Bundesrepublik und nehmen Widersprüche, Ambivalenzen und Multidimensionalitäten sowie die Gleichzeitigkeit von Diskriminierung und Emanzipation, Kontinuität und Umbruch in den Blick.⁵

Der Rechtsterrorismus wurde in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder zum Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse über Bewertung, Bewältigung und Kontrolle der Gewalt gemacht. Dazu gehören nicht nur unterschiedliche politische, polizeiliche und rechtliche Maßnahmen, sondern auch der Versuch, sich in der Öffentlichkeit über

die Gewalt und ihre Ursachen zu verständigen. Gelegentlich entfalteten solche Aushandlungsprozesse erhebliche gesellschaftliche Wirkungen: Wenn sie etwa in den frühen 1950er Jahren zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der Adenauer-Regierung und der sozialdemokratischen Opposition führten, in den frühen 1990er Jahren Millionen von Menschen zu Gegenprotesten auf die Straße brachten oder wenn sie den Staat nach der Aufdeckung des NSU-Terrors im November 2011 in eine Legitimationskrise stürzten. Manchmal aber befassten sich nur wenige mit dem Rechtsterrorismus und ihre Beiträge wurden kaum gehört. Mahnende Stimmen aus den jüdischen Gemeinden, die in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren auf das Problem steigender rechtsradikaler Gewalt hinwiesen, gingen in den aufgeregten Debatten über die Studierendenbewegung und später den Linksterrorismus weitgehend unter. Einzelne Journalisten, vor allem aber türkeistämmige Beobachter, problematisierten schon in den 1980er Jahren die wachsende rassistische Gewalt durch Skinheads – die erst ab 1990 auch in einer größeren Öffentlichkeit als Problem wahrgenommen wurde. Zivilgesellschaftliche Initiativen warnten bereits in den späten 1990er Jahren vor der Entstehung einer äußerst militanten Szene in Thüringen, die rechtsterroristische Strategien debattierte – bis 2011 bleiben diese Hinweise größtenteils unbeachtet.

Dieses Buch erzählt zwar keine Erfolgsgeschichte, sagt sich aber auch von einer Konzentration auf die Misserfolge los, die der Historiker Axel Schildt als «böse Zwillingschwester [der] bundesrepublikanische[n] success story» bezeichnet.⁶ Eine solche hieße, eine Erzählung ausschließlich aus der Perspektive einer misslungenen Bewältigung rechtsradikaler Gewalt zu schreiben. Diese habe ihren Ausgang in der nicht aufgearbeiteten NS-Vergangenheit genommen und der Terror sei, nahezu unsichtbar, beschwiegen und vergessen, in der Geschichte der Bundesrepublik mitgelaufen.⁷ Die Quellen können eine solche Deutung nicht stützen. Trotz stark schwankender Aufmerksamkeitskonjunkturen kann dieses Buch zeigen, dass es eine durchgängige Beschäftigung mit dem Thema Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik gegeben hat – mal mehr, mal weniger intensiv. Gewiss gab es stets Akteure, etwa den konservativen Politiker Franz Josef Strauß, die das Ziel verfolgten, rechtsterroristische Gewalt zu verleugnen oder – wenn Ersteres nicht möglich war – zu verharmlosen. Solche Positionen wurden jedoch in der Öffentlichkeit in der Regel un-

mittelbar und scharf angegriffen. Somit ergibt sich ein differenziertes und heterogenes Bild.

In diesem Buch geht es um die Geschichte des Rechtsterrorismus seit der Gründung der Bundesrepublik bis heute. Bei einem solch umfassenden Thema und dem Zuschnitt des Buchs, das seinen Schwerpunkt auf eine Gesellschaftsgeschichte des Rechtsterrorismus legt, sind einige Einschränkungen und Auslassungen zu machen. In jüngerer Zeit ist in der Forschung zu Recht angemahnt worden, auch Perspektiven auf historische Kontinuitäten vor 1945 sowie transnationale oder deutsch-deutsche Verflechtungen des Rechtsterrorismus einzunehmen.⁸ Um den Rahmen nicht zu sprengen, kann hier die Geschichte des Rechtsterrorismus in der Weimarer Republik oder in der DDR jedoch nicht mit abgedeckt werden. Allerdings wird an passender Stelle auf diverse, in den letzten Jahren erschienene oder im Entstehen begriffene Studien verwiesen.⁹

Der Fokus liegt also auf der Bundesrepublik und zielt darauf, alle wichtigen Phasen und Ereignisse des Rechtsterrorismus zwischen 1949 und 2025 zu behandeln. Nicht jede Gewalttat kann dabei zur Sprache kommen, gerade in Phasen der Eskalation wie am Ende der 1970er oder zu Beginn der 1990er Jahre. Auch kann hier nicht detailliert auf alle Täter eingegangen werden; in nicht wenigen Fällen wird darauf verzichtet, alle Beteiligten namentlich zu nennen und die Lebensgeschichten, Radikalisierung und Gruppenzusammenhänge im Detail zu erläutern. Dies liegt auch darin begründet, dass dieses Feld mittlerweile gut erforscht ist. Über rechtsterroristische Täter in der alten Bundesrepublik liegen einige personenbezogene Studien vor,¹⁰ ebenso Arbeiten über den NSU.¹¹ Forschungsbedarf gibt es dennoch weiterhin – so wissen wir erstaunlich wenig über die Täter der antisemitischen «Schmierwelle» 1959/60, auch die rechtsradikalen Gewalttäter der frühen 1990er Jahre sind zwar zeitgenössisch untersucht worden, aktuelle Studien fehlen jedoch. Dieses Buch setzt aber auch deswegen bewusst andere Schwerpunkte, weil Rechtsterrorismusforschung viel zu lange vorrangig Täter- und Ursachenforschung gewesen ist.¹² Die Geschichten der Opfer, aber auch die historischen Kontinuitäten der Gewalt und ihre gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, blieben dabei außen vor.

Rechtsterrorismus als Gegenstand der Forschung

Eine quellengestützte, gesellschaftsgeschichtlich ausgerichtete Gesamtdarstellung über den Rechtsterrorismus, die den gesamten Zeitraum der Bundesrepublik umfasst, gibt es bislang nicht. Die sozial-, politik- und später auch erziehungswissenschaftliche Forschung beschäftigt sich allerdings schon seit den 1950er Jahren mit Rechtsradikalismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik. Sie intensivierte sich nach den Wahlerfolgen der 1964 gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), als eine Reihe von Sozial- und Politikwissenschaftlern begann, sich mit der Funktion rechtsradikaler Organisationen in demokratischen Gesellschaften zu befassen. Ein Hauptinteresse lag darauf, in welchem Verhältnis der Rechtsradikalismus zu den Modernisierungstendenzen der post-nazistischen Gesellschaft stand.¹³

Während Gewalt in diesen frühen Studien nur eine untergeordnete Rolle spielte, änderte sich dies Ende der 1970er Jahre unter dem Eindruck einer immer militanter agierenden rechtsradikalen Szene, die auch vor schweren Gewalttaten und Anschlägen nicht zurückschreckte. Nun entwickelte sich eine sozial-, erziehungs- und politikwissenschaftliche Rechtsradikalismusforschung, die bis heute einen großen Anteil am wissenschaftlichen Output in diesem Forschungsfeld hat. Auch wenn sich die Ergebnisse der einzelnen Arbeiten im Detail voneinander unterscheiden, bildete sich in dieser Zeit eine in sich recht konsistente und langlebige Großerzählung heraus. Sie verortete die Ursachen rechtsradikaler Gewalt vor allem in Defiziten des Sozial- und Bildungswesens sowie der Jugendpolitik. Geprägt waren diese Erzählungen über das «krisenhafte Aufwachsen»¹⁴ junger Menschen, deren Weg in die rechtsradikale Gewalt führte, von einer gesellschaftskritischen Grundhaltung und der Krisensemantik jener Zeit.

In den späten 1980er Jahren erfuhr die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung eine Verstetigung und Institutionalisierung und mündete in den frühen 1990er Jahren vor dem Hintergrund der massiven Gewaltwelle nach der Vereinigung in eine inzwischen unübersehbare Vielzahl an Publikationen. Nachdem 2011 die Existenz des NSU bekannt wurde, differenzierte sich die politik-, sozial- und mittlerweile auch zunehmend rechtswissenschaftliche Forschung noch einmal aus.¹⁵ Zudem sind eine größere Anzahl fachjournalistischer Arbeiten auf den Markt gekommen.¹⁶

Zeithistoriker haben zu dieser Forschung lange Zeit nur sehr wenig beigetragen. In vielen historischen Überblickswerken über die Bundesrepublik taucht der Rechtsterrorismus nicht auf, oder die Darstellung beschränkt sich auf knappe Hinweise. Ebenso wenig geraten staatliche und gesellschaftliche Reaktionen in den Blick, ganz so, als wären Attentate, Angriffe und Anschläge von rechts spurlos an der bundesdeutschen Gesellschaft vorbeigegangen. Die beispiellose Eskalation rechtsradikaler Gewalt in den frühen 1990er Jahren wurde in vielen Studien zwar als wichtiges Ereignis erwähnt, aber nicht als prägend oder bedeutsam für die umfassende Geschichte der Bundesrepublik wahrgenommen.¹⁷

Dennoch hat der Rechtsradikalismus durchaus einen Platz in der zeithistorischen Forschung gefunden. Die meisten Studien konzentrieren sich allerdings auf die ersten beiden Dekaden nach 1945 und fragen beispielsweise nach dem Umgang mit der rechtsradikalen Sozialistischen Reichspartei zu Beginn der 1950er Jahre oder den Reaktionen auf die antisemitische «Schmierwelle» 1959/60.¹⁸ Der zeitliche Fokus beruhte auf dem großen zeithistorischen Interesse an den Nachwirkungen der NS-Vergangenheit. Sobald der Rechtsradikalismus der Bundesrepublik aber nicht mehr als eine «Nachgeschichte des Nationalsozialismus» gelten konnte, schien er als aktuelles Phänomen für Geschichtswissenschaftler an Relevanz zu verlieren und wurde lange Zeit auch nicht eigenständig behandelt.¹⁹ Die historischen Dimensionen des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik selbst wurden lange Zeit nicht gesehen. Dass sich Historiker wie Lutz Niethammer und Wolfgang Benz eingehender mit dem Thema befassten, blieb eine Ausnahme.²⁰

Erst das Bekanntwerden des NSU im November 2011, die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) seit 2013 und die rechtsterroristischen Attentate der Jahre 2019 und 2020 haben in der historischen Forschung eine stärkere Reflexion bisheriger Versäumnisse bewirkt. Sie hat zu einer bislang ungekannten Hinwendung des Fachs Zeitgeschichte zur Geschichte des Rechtsradikalismus und des Rechtsterrorismus geführt.²¹ Die Auseinandersetzung darüber, wie der Rechtsterrorismus zum Teil der Historiografie der Bundesrepublik werden kann, steht, trotz wichtiger Impulse in jüngster Zeit, aber noch am Anfang. In diesem Sinne sieht sich dieses Buch auch als Beitrag zu der Frage, wie die zeitgeschichtliche Forschung – ohne die von den politik- und sozialwissenschaftlichen Dis-

ziplinen wichtigen Erkenntnisse zu ignorieren – ausgetretene Pfade verlassen kann, um gesellschaftsgeschichtliche Ansätze mit der Geschichte rechtsradikaler Gewalt zu verknüpfen.

Begriffe

Für dieses Buch wurde eine Definition von Rechtsterrorismus entwickelt, die Rechtsterrorismus als schwere Gewalt mit Symbolcharakter gegen Personen oder Objekte durch konspirativ agierende Gruppen oder Einzelpersonen versteht. Sie formulieren rechtsradikale Ziele beziehungsweise sind in ein rechtsradikales Milieu eingebunden. Hierzu zählen auch vorbereitende und verdeckende Tätigkeiten, wenn sie rechtsterroristische Anschläge ermöglichen sollen, etwa Banküberfälle oder das Anlegen von Waffen- und Sprengstofflagern. Opfer oder Ziele des Rechtsterrorismus sind häufig willkürlich gewählt, weil sie ein größeres menschliches Publikum repräsentieren, auf dessen Reaktionen die Terroristen abzielen – sie möchten, selbst wenn sie ihre Motivation nicht sofort bekannt machen, eine symbolische Botschaft transportieren.²²

Das Buch untersucht physische Gewaltanwendungen, die schwere Verletzungen oder den Tod von Menschen zur Folge hatten oder diese beabsichtigten. Dazu zählen etwa geplante und ausgeführte Mordattentate, Schießereien, Sprengstoffanschläge oder gewaltsame Angriffe. Darüber hinaus werden auch sogenannte Botschaftstaten in den Blick genommen, die als Nachricht an die allgemeine Öffentlichkeit intendiert waren. Sie richteten sich gegen symbolische, auch unbelebte Ziele, beispielsweise gegen jüdische Friedhöfe, KZ-Gedenkstätten oder staatliche Institutionen wie Gerichtsgebäude.

Nicht als Rechtsterrorismus ist hingegen situative rechtsradikale Straßengewalt zu verstehen, etwa rassistisch motivierte Tötungsdelikte, die ab den frühen 1980er Jahren zu einer dominanten Gewaltform wurden.²³ Sie werden in einigen Kapiteln des Buchs dennoch Raum finden, da eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Rechtsterrorismus und rechtsradikaler Gewalt in manchen Zeiträumen der Bundesrepublik kaum möglich ist. Dies betrifft vor allem die schwere Gewaltphase der frühen 1990er Jahre, als nicht nur Straßengewalt, sondern auch terroristische Praktiken angewandt und auch als solche wahrgenommen wurden.

Manche Gewalttäter beteiligten sich sowohl an situativer Gewalt als auch an im Vorfeld geplanten Anschlägen, was die enge Verbindung von Gewalt- und terroristischen Milieus betont.

Was aber ist das «rechtsradikale» Spezifikum der in diesem Buch untersuchten Gewalt? Sie wurde in der Bundesrepublik, zumindest von Teilen der Öffentlichkeit, als gewaltsame Intervention vom rechten Rand der Gesellschaft wahrgenommen. In den meisten Fällen basierte diese Interpretation auf der Tatsache, dass die Gewalttäter selbst entsprechende Hinweise gaben, indem sie antisemitische, antidemokratische, nationalistische, rassistische oder völkische Gesellschaftsvorstellungen formulierten, den Nationalsozialismus verherrlichten oder das gesellschaftliche Gleichheitsprinzip ablehnten.²⁴ In anderen Fällen, etwa dem Oktoberfestattentat, wurde aufgrund des bisherigen Lebenswegs und der politischen Einbettung des Täters sowie des situativen Kontexts der Tat auf einen entsprechenden politischen Hintergrund geschlossen.

Für dieses Buch hat sich der Begriff des Rechtsradikalismus als praktikabel erwiesen. Anders als mit dem Rechtsextremismusbegriff, der eine Nähe zur organisierten Rechten impliziert, werden mit der Beschreibung als rechtsradikal in einer weiter gefassten Perspektive Gewalthandlungen in unterschiedlichen Phasen der Bundesrepublik erfasst, die teils nicht aus einer organisierten Szene heraus begangen wurden.

Der Begriff des «Rechtsradikalismus» wird auch deswegen dem des «Rechtsextremismus» vorgezogen, weil Letzterer eine ausgesprochen problematische Begriffsgeschichte aufweist. Seinen Durchbruch erlebte der «Rechtsextremismus»-Begriff als Versuch der Systematisierung und Vereinheitlichung durch Politik, Forschung und Sicherheitsbehörden Ende der 1970er Jahre. Der Begriff des «Rechtsradikalismus», der bis dahin der geläufige gewesen war, wurde sukzessive ersetzt.²⁵ «Rechtsextremistisch» weise, hieß es vor allem vonseiten der Verfassungsschutzämter, besser auf den verfassungsfeindlichen Charakter der als solche bezeichneten Organisationen und Aktivitäten hin. Seit den frühen 1980er Jahren kreisen zwei konkurrierende «Rechtsextremismus»-Konzepte um die Frage, ob es einen, durchaus wandelbaren und prozesshaften, «Extremismus der Mitte» gebe – eine Begrifflichkeit, die sich bereits Ende der 1950er Jahre bei dem US-amerikanischen Soziologen Seymour Martin Lipset findet. Das eine «extremismuskritische» Konzept geht von einem

antidemokratischen Potenzial und der Existenz von Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der politischen Mitte der Bundesrepublik aus, die rechts-extreme Einstellungsmuster und Verhaltensweisen befördere. Im anderen, damit konkurrierenden Extremismuskonzept ist hingegen eine «Äquidistanz der Mitte zum Rechtsextremismus und Linksextremismus» impliziert, die eine «inhaltliche Bestimmung und Ausrichtung des Rechtsextremismus an der verfassungsrechtlich bestimmten freiheitlich-demokratischen Ordnung» vorsieht.²⁶ Trotz dieser Kontroversen und der Schwierigkeit einer konsistenten Begriffsbestimmung hat sich in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung die Verwendung des Begriffes «Rechtsextremismus» oder «extreme Rechte» durchgesetzt, gleichwohl sich die meisten Rechtsextremismusforscher vom klassischen Extremismuskonzept abgrenzen.²⁷ Auf die grundsätzliche Problematik der konkurrierenden Konzepte weist der Sozialwissenschaftler Marc Grimm hin. «Die Auseinandersetzung um den Rechtsextremismus ist [...] nicht nur politisch-normativ», schreibt er, «sondern hat insbesondere eine parteipolitische Dimension. Und sie ist längst nicht nur parteipolitisch aufgeladen, agieren im Feld der Rechtsextremismusforschung doch auch Sicherheitsbehörden, Medien und Institutionen der politischen (Meinungs-)Bildung, die in unterschiedlichem Maße an der Konturierung des Konzepts ›Rechtsextremismus‹ beteiligt sind.»²⁸

Quellen und Aufbau des Buchs

Für das vorliegende Buch wurde ein umfangreicher Bestand staatlichen Schriftguts ausgewertet: Sachakten, vor allem des Bundesinnen- und des Bundesjustizministeriums, Korrespondenzen von Regierungs- und Ministeriumsangehörigen sowie Strafverfahrensakten mit Ermittlungen gegen rechtsterroristische Gruppen und Gewalttäter. Sie sind vor allem im Bundesarchiv in Koblenz und in diversen Landesarchiven überliefert. Darüber hinaus wurden – weitgehend schriftliche – Medienberichte ausgewertet, die nicht nur Aufschluss über die Berichterstattung und die Kommentierung durch Journalisten geben, sondern auch über die Gewalttaten selbst und die öffentlichen Reaktionen und Debatten. Ein besonderer Schwerpunkt galt dabei jenen Presseorganen, die als Leitmedien der politischen Spektren von linksliberal/sozialdemokratisch bis

konservativ zu bezeichnen sind, teilweise auch der lokalen Presseberichterstattung. Als dritter großer Quellenbestand dienten parlamentarische Dokumente des Bundestags und der Landtage, insbesondere die Protokolle der Plenardebatten des Bundestags sowie die Abschlussberichte der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU.

Das letzte Kapitel, das sich mit den Entwicklungen seit 2015 befasst, ist aus mehreren Gründen knapper und deskriptiver als die anderen gehalten. Für eine zeithistorische Analyse liegen die Ereignisse zu nahe an der Gegenwart, viele der Verfahren und Vorgänge waren zudem bei Fertigstellung des Buches noch nicht abgeschlossen und staatliches Archivmaterial ist aufgrund der 30-jährigen Sperrfrist noch nicht zugänglich.

Der Aufbau dieser Untersuchung folgt einem chronologischen Prinzip. Nach einem kurzen Prolog über die unmittelbare Nachkriegszeit führt sie durch die frühe Bundesrepublik, über die Radikalisierung der rechtsradikalen Szene ab 1970, der Anschlagswelle der frühen 1980er Jahre hin zur Vereinigungszeit mit dem immensen Anstieg rechtsradikaler und rassistischer Gewalt. Augenmerk soll dem terroraffinen Milieu der späten 1990er Jahre gelten, aus dem sich der NSU gründete, und schließlich dem Wandel, aber auch den Konstanten des Rechtsterrorismus in den 2010er und 2020er Jahren.

Die Anfänge: Rechtsterrorismus in den 1950er und 1960er Jahren

Bei einer außerordentlichen Ministerratssitzung am 4. Februar 1947 diskutierten die anwesenden Mitglieder der bayerischen Staatsregierung – Politiker von CSU, SPD und Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) – über zwei Stunden lang. Anlass und Inhalt der Sitzung waren zwei rechtsgerichtete Sprengstoffanschläge in Nürnberg: Am Abend des 7. Januar 1947 war im Sitzungssaal der Nürnberger Spruchkammer IV in der Keßlerstraße 1 eine Bombe explodiert. Vor der Spruchkammer war gerade ein Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Leiter des örtlichen Gestapo-Gefängnisses, Michael Härtl, zu Ende gegangen. Verletzt wurde niemand, aber der Saal völlig zerstört. Wenige Wochen später, am 1. Februar 1947, detonierte ein Sprengsatz in der Karl-Bröger-Straße 9. Dort befanden sich unter anderem der Sitz der Nürnberger SPD, des Nürnberger Landgerichts und die Büroräume des Nürnberger Landgerichtspräsidenten, Camille Sachs. Sachs war Spruchkammervorsitzender in einem Verfahren gegen Franz von Papen, der Vizekanzler unter Hitler gewesen war. Mehrere Fensterscheiben zerbarsten bei der Explosion. Am Tatort wurden Reste von nationalsozialistischen Flugblättern gefunden, mit denen der Sprengkörper befüllt war. In der Ministerratssitzung am 4. Februar maßten vor allem die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder der Tat große Bedeutung bei. Der bayerische Innenminister Josef Seifried (SPD) betonte die Gefahr einer möglichen nationalsozialistischen Untergrundbewegung. Er «machte mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß der Bestand des Staates auf dem Spiele stehe.»¹

Die unmittelbare Nachkriegszeit

Nürnberg war nicht der erste Fall. Bereits im Herbst 1946 hatten vier Sprengstoffanschläge Stuttgart und die nahegelegenen Kleinstädte Backnang und Esslingen erschüttert. Am Abend des 19. Oktober 1946 explodierte in Stuttgart eine Bombe vor der Geschäftsstelle der Spruchkammer in der Stafflenbergstraße. Nur kurze Zeit später detonierte rund zwei Kilometer entfernt ein Sprengsatz vor dem Gebäude der amerikanischen Militärpolizei in der Weimarstraße. Am selben Tag ging eine Sprengladung an dem Gebäude der Spruchkammer in Backnang hoch, 30 Kilometer von Stuttgart entfernt. Eine weitere Bombe explodierte am 27. Oktober 1946 vor der Esslinger Spruchkammer. Verletzt wurde niemand bei diesen Taten, auch der Sachschaden blieb gering.²

Nach allem, was wir heute wissen, zählen diese Anschläge zu den ersten rechtsterroristischen Gewalttaten seit Kriegsende auf dem Boden der späteren Bundesrepublik. Sie waren keine Einzelercheinungen. Auch in anderen Teilen der westdeutschen Besatzungszonen richteten sich in den ersten beiden Jahren nach der Kapitulation Gewaltakte gegen Einrichtungen der Entnazifizierung, der Wiedergutmachung und der Besatzung. Im Februar 1947 schossen Unbekannte auf den Spruchkammervorsitzenden in Ficklermühle bei Schwabmünchen. Im März 1947 wurde auf die Spruchkammer in Schlüchtern bei Kassel ein Brandanschlag verübt.³ Im selben Monat kam es in Nürnberg zum dritten Mal zu einem Attentat, Schauplatz war das Haus der Fürsorgestelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte in der Äußeren Bayreuther Straße. Die Täter warfen einen Sprengsatz in den Büroraum, der dort explodierte und ein Loch von einem halben Meter Durchmesser riss. Verletzt wurde glücklicherweise niemand.⁴

Für zeitgenössische Beobachter – alliierte ebenso wie westdeutsche – erschloss sich die Zielsetzung solcher Anschläge, noch bevor die Verantwortlichen für die Tat gefasst werden konnten. Ganz offensichtlich richteten sie sich gegen die Besatzungsmächte und vor allem gegen die in Deutschland umstrittene alliierte Entnazifizierungspolitik. Deren Kern waren sicherheitspolitisch begründete Entlassungsmaßnahmen ehemals aktiver Mitglieder von NS-Organisationen und vormaliger Inhaber von Schlüsselstellungen in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft des NS-Staats. In Zusammenarbeit mit deutschen Stellen wurden in den ersten Nachkriegs-

jahren Millionen von Erwachsenen überprüft und in Belastungskategorien eingeteilt. Belastete konnten aus öffentlichen Ämtern, Behörden und privaten Unternehmen entlassen und mit materiellen Sühneleistungen belegt werden. Zuständig für die Durchführung der Entnazifizierung waren durch Deutsche besetzte Spruchkammern, die allerdings nicht als Strafgerichte fungierten und auch keine Strafurteile verhängten. Bis 1949 wurden 950 000 Spruchkammerverfahren in der Amerikanischen Zone durchgeführt, in der Britischen Zone sogar über 2 Millionen.⁵

Die Frage, ob und wie die deutsche Gesellschaft entnazifiziert werden könnte, wurde in den ersten Jahren nach Kriegsende kontrovers diskutiert. Die Meinungen reichten von grundsätzlicher Befürwortung, Verbesserungsvorschlägen bis hin zu strikter Ablehnung. In jedem Fall erregte die Praxis der Entnazifizierung die Gemüter, zwangen die Spruchkammerverfahren doch zahlreiche Deutsche, über ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus Auskunft zu geben.⁶

Für die US-amerikanische Besatzungsmacht, in deren Zone der Großteil der Taten stattfand, stellten die Ereignisse in erster Linie ein sicherheitspolitisches Problem dar, und sie reagierte mit harter Hand. Unmittelbar nach den Anschlägen in Stuttgart und Nürnberg errichtete die US-amerikanische Militärpolizei Straßensperren; in Baden-Württemberg führte sie zudem groß angelegte Razzien durch.⁷ Nicht immer gelang es, die Verantwortlichen für die Anschläge zu ermitteln. Die Attentate von Stuttgart, Esslingen und Backnang wurden jedoch rasch aufgeklärt. Als Haupttäter wurde im November 1946 der 23-jährige Siegfried Kabus gefasst. Er hatte seit August 1946 vorrangig jugendliche Gleichgesinnte um sich gesammelt, zumeist ehemalige Mitglieder der Hitlerjugend, die bei Kriegsende auch der Waffen-SS angehört hatten. Sie besaßen Waffen und hatten weitere Anschläge geplant, unter anderem auf Spruchkammern. Kabus und zehn weitere Verdächtige kamen in Haft. Die harte Linie der US-Amerikaner kam auch im Gerichtsurteil gegen die Kabus-Gruppe zum Ausdruck: Ein innerhalb weniger Wochen angesetzter und durchgeführter Prozess vor dem Military Government Court in Stuttgart endete am 21. Januar 1947 mit einem Todesurteil gegen Kabus. Fünf Angeklagte erhielten je 30-jährige Zuchthausstrafen, drei weitere Haftstrafen von zehn bis 15 Jahren. Zwei Angeklagte wurden auf Bewährung freigelassen. Das Todesurteil gegen Kabus wurde allerdings niemals vollstreckt.



Der Angeklagte Siegfried Kabus bei der Urteilsverkündung im Januar 1947. Das harte Urteil, das der US-amerikanische Military Government Court ausspricht, soll auch abschreckend wirken.

Während anfangs praktische Probleme – sowohl Henker als auch Hinrichtungsgerät fehlten im Land – die Exekution hinauszögerten, begannen Juristen, die Rechtmäßigkeit des Urteils anzuzweifeln. Im April 1948 wurde das Urteil schließlich auf Befehl des Militärgouverneurs der amerikanischen Besatzungszone, Lucius D. Clay, zu lebenslanger Haft umgewandelt. Am 1. August 1953 kam Kabus auf Bewährung frei; die Mittäter waren bereits entlassen worden.⁸

Gerade weil es sich um eine ganze Reihe von Anschlägen an verschiedenen Orten handelte und sie eindeutig politisch motiviert waren, wurden sie auch in der westdeutschen Öffentlichkeit und Politik sehr ernst genommen. In Stuttgart setzte Oberbürgermeister Arnulf Klett eine Belohnung von 25 000 Reichsmark (RM) für die Ergreifung der Täter aus.⁹ Nach den Nürnberger Anschlägen begründete der Bayerische Ministerrat die Auslobung der mit 100 000 RM ausgesprochen hohen Belohnung «für die Aufdeckung verfassungsfeindlicher Gruppen» damit, dass diese Gruppen «insgeheim gegen die demokratische Staatsordnung arbeiten sowie verbrecherische Anschläge» vorbereiteten.¹⁰

Die Gewerkschaften riefen zu öffentlichem Protest auf. In Stuttgart, Backnang, Esslingen und Mannheim protestierten im Herbst 1946 Arbeiter mit Kundgebungen und Streiks gegen die Attentate. Bei der Daimler-Benz AG und bei den Robert-Bosch-Werken legten insgesamt rund 12 000 Beschäftigte ihre Arbeit kurzzeitig nieder.¹¹ Ähnlich auch in Nürnberg: Am 9. Januar 1947, zwei Tage nach der ersten Tat, fanden in Nürnberg in allen größeren Betrieben sowie bei Bahn, Post und Straßenbahn Proteststreiks statt. Nach dem zweiten Anschlag in Nürnberg am 1. Februar riefen die Gewerkschaften zu einer Protestdemonstration und einem sechsstündigen Generalstreik auf; an letzterem beteiligten sich etwa 80 000 Menschen.¹² Die großen Protestdemonstrationen und die Streikaufrufe bezeugen den Wunsch, nach außen hin eine scharfe Ablehnung der Gewalttaten zu vermitteln. Sie verdeutlichen aber auch ein neugewonnenes Selbstvertrauen der Gewerkschaften in die aktive Rolle, die sie beim Wiederaufbau nach 1945 einzunehmen gedachten – große Streiks und Demonstrationen wie in Stuttgart und Nürnberg sollten Stärke zeigen.¹³

Bei westdeutschen Medien und Politikern kam auch die Frage auf, ob die Taten bewiesen, dass die Deutschen noch dem Nationalsozialismus anhängen und vielleicht gar nicht bereit für einen demokratischen Neubeginn seien. Als «Untergrundbewegungen, Terroristen, Bombenwerfer, politische Heckenschützen [...]» bezeichnete nach den Nürnberger Anschlägen ein Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* «jene gefährlichen Sumpfpflanzen, die das kleine zarte Gewächs, das da «deutsche Demokratie» heißt, zu ersticken drohen». Nicht als einzige Zeitung zog die *Süddeutsche* Parallelen zu der Zeit vor 1933, als politische Attentäter «alles [taten], um die Weimarer Republik zu unterminieren.» Deutschland habe «jetzt Gelegenheit, der Welt zu zeigen, daß es bereit ist, zu lernen. [...] Mögen sich die Männer des heutigen Staates, die wieder einmal weich zu werden drohen, das warnende Beispiel Weimar stets vor Augen halten!»¹⁴

Nicht alle gingen von einer existenziellen Gefahr für die junge Demokratie aus. So sagte der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (CSU), er halte es zwar für möglich, dass ehemalige SS-Leute und Nationalsozialisten in den Kriegs- und Internierungslagern als Drahtzieher agierten; doch man «könne solche Dinge nie ganz aufhalten; daß dahinter eine Organisation stehe, halte er aber für ausgeschlossen».¹⁵ Andere, wie der von dem zweiten Nürnberger Anschlag betroffene Camille Sachs, nannten

die Taten «Lausbubenstreiche», die nicht weiter ernst zu nehmen seien.¹⁶ Ein Kommentator in der Wochenzeitung *Die Zeit* sah Mitte Februar 1947 die Anschläge als letztes Aufbäumen des NS-Regimes. «Den Gewaltgläubigen und Gewalttätigen kann nicht nachdrücklich genug gezeigt werden, daß ihre Zeit für immer vorbei ist [...]»¹⁷

Sozialdemokraten und Gewerkschaften hingegen befürchteten ebenso wie Verfolgtenverbände, dass es sich um Netzwerke ehemaliger NS-Funktionäre handeln könnte, welche nun – teils aus den Internierungslagern heraus – gewaltsam versuchten, die Macht zurückzuerobern oder zumindest Terror und Unsicherheit zu verbreiten. Wilhelm Hoegner (SPD), stellvertretender bayerischer Ministerpräsident, betonte nach dem zweiten Attentat in Nürnberg, «der neuerliche Anschlag zeige, daß es sich um eine organisierte nationalsozialistische Aktion handle. Es seien Anhaltspunkte für eine große organisierte Untergrundbewegung gegeben».¹⁸ Tatsächlich gab es in den ersten Nachkriegsjahren durchaus Grund zur Befürchtung, dass ehemalige NS-Funktionsträger versuchen könnten, gewaltsam die Macht zu erringen. Besatzungsfeindliche Gruppen und Personen – ehemalige Angehörige des Sicherheitsdienstes (SD), Parteifunktionäre, SS- und Wehrmachtsoffiziere – hatten seit Kriegsende immer wieder versucht, geheime Netzwerke und Untergrundorganisationen aufzubauen.¹⁹

Bei aller Uneinigkeit über die politische Einordnung und die Einschätzung der damit einhergehenden Gefahr für den Staat: Gemessen daran, wie indifferent die westdeutsche Öffentlichkeit vielen späteren rechtsterroristischen Taten gegenüberstand, erscheinen die Reaktionen auf die Anschläge sehr eindrucksvoll. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in den Nachkriegsjahren eine von der Bevölkerung mitgetragene Abkehr vom Nationalsozialismus als Grundlage der zu diesem Zeitpunkt noch äußerst fragilen Wiederherstellung der Demokratie galt. Sie war zudem – so pragmatisch dachte man natürlich auch – Voraussetzung für die Lockerung der rigiden Regeln und Verbote der westalliierten Besatzungsmächte. Bei der vehementen Verurteilung der Taten, die aus allen politischen Richtungen kam, spielte also auch die Furcht mit, dass die Alliierten als Reaktion auf eine vermeintliche oder tatsächliche nationalsozialistische Untergrundbewegung die kostbaren politischen Freiheiten der Westdeutschen wieder beschränken würden.²⁰

Ab Mitte 1947 klangen Berichte über rechtsterroristische Anschläge in den Westzonen ab; mit Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 schien das Problem gelöst. Waren die Anschläge tatsächlich, wie die *Zeit* mutmaßte, die letzten Ausläufer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, ein letztes Aufflackern des «Dritten Reichs»?²¹ Sicherlich bezogen sich die Täter mit ihren Anschlägen explizit auf den historischen Nationalsozialismus. Zweifel sind aber darüber angebracht, dass «Ewiggestrige» am Werk waren, denen es allein um die Wiedererrichtung des «Dritten Reichs» oder eine rückbezogene Glorifizierung der NS-Vergangenheit ging. Gerade mit den Angriffen auf die Spruchkammern übermittelten die Täter eine unmissverständliche politische Botschaft und intervenierten damit in die hochaktuelle Debatte über die Entnazifizierung. Mit diesen Botschaftstaten wurden sie zu Wegbereitern für die Anschläge bundesdeutscher Rechtsterroristen in späteren Jahrzehnten.

Stay behind in Westdeutschland: Der Technische Dienst

Im September 1952 erschien bei der Kriminalpolizei in Frankfurt am Main der 51-jährige Kaufmann und ehemalige SS-Hauptsturmführer Hans Otto, um belastende Aussagen über ein geheimes rechtsradikales Netzwerk in der Bundesrepublik zu machen. Seit Frühjahr 1951, berichtete der Mann, sei unter dem Namen Technischer Dienst (TD) von Mitgliedern und Sympathisanten des rechtsradikalen Bundes Deutscher Jugend (BDJ) eine Untergrundgruppe aufgebaut worden. Ziel – so Otto, der selbst Mitglied des TD gewesen war – sei es, «Partisanen» auszubilden, die «bewaffnete[n] Widerstand bei einem russischen Einmarsch durch Brückensprengung und Sabotage» verüben sollten. Zu diesem Zweck wurden Lehrgänge in Bayern und in Hessen durchgeführt. Sie umfassten eine theoretische Schulung, Unterricht an der Waffe sowie die Erörterung von Nachrichten- und Sicherheitsfragen. Doch es gehe nicht nur um den Kampf gegen möglicherweise einmarschierende sowjetische Truppen, sondern auch gegen einen «inneren Feind», vor allem die SPD und die KPD.²² Bei einer Vernehmung einige Wochen später sprach Otto von einer Liste mit Namen von Personen, die im «X-Falle» – der Invasion durch die Sowjetunion – ausgeschaltet werden sollten.²³ Die vernehmen- den Frankfurter Polizeibeamten dürften spätestens dann aufgehört

haben, als Otto von den Kontakten des BDJ und TD zu deutschen und US-amerikanischen Dienststellen berichtete: Nicht nur habe Albert Radke, Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), den BDJ unterstützt, der TD sei auch durch die Amerikaner finanziert und geleitet worden.²⁴ Konkrete Details über Art und Umfang der Unterstützung konnte Otto allerdings nicht nennen.

Zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik kam mit dem Technischen Dienst die Existenz einer rechtsradikalen Gruppierung ans Licht, die explizit terroristische Strategien und Praktiken erwog. Rechtsradikale Gruppierungen und Parteien hingegen hatten sich in der politischen Landschaft der jungen Republik bereits seit Längerem etabliert. Schon im Oktober 1949 war die wichtigste rechtsradikale Partei der Nachkriegszeit entstanden, die Sozialistische Reichspartei (SRP). Auch wenn sich der Rechtsradikalismus in der frühen Bundesrepublik nicht zu einer Massenbewegung entwickelte, konnten rechtsradikale Parteien bei der ersten Bundestagswahl 1949 immerhin 5,7 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen. Regional waren sie teils deutlich erfolgreicher. Bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1951 erzielte die SRP 11 Prozent der Stimmen, bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft im selben Jahr 7,7 Prozent.²⁵ 1951 entschloss sich die Bundesregierung, die Verfassungswidrigkeit der SRP überprüfen zu lassen, und stellte Ende des Jahres, fast zeitgleich mit dem Antrag auf ein Verbot der KPD, einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht. Das Gericht verfügte im Oktober 1952, mit Hinweis auf die «Wesensverwandtschaft der SRP mit der NSDAP», das Verbot und die Auflösung der Partei.²⁶

Neben Parteien, neuen publizistischen Organen und weiteren organisierten Gruppen, darunter zunehmend Jugendbünden, bildeten sich in der frühen Bundesrepublik auch illegale Zusammenschlüsse überzeugter Nationalsozialisten. Im Sommer 1951 flog ein «Freikorps Deutschland» auf, das unter anderem von einem ehemaligen Scharführer der SS-Totenkopf-Division gegründet worden war. Die Gruppierung bekannte sich offen zur Programmatik der NSDAP und forderte strikte Geheimhaltungspflicht ein. Konkrete Gewalttaten plante sie aber offenbar nicht.²⁷ Das bekannteste Beispiel war ein Netzwerk um Werner Naumann, der während des «Dritten Reichs» SS-Brigadeführer und Staatssekretär in Goebbels' Propagandaministerium gewesen war. Er sammelte nach dem

Krieg hochrangige ehemalige NS-Funktionäre um sich. Naumann und seinen Mitstreitern ging es weniger um einen gewaltsamen Umsturz als darum, politische und gesetzgeberische Entscheidungen zu lenken – im Sinne einer aggressiven nationalistischen Politik und einer Generalamnestie für NS-Verbrecher. Mitte Januar 1953 verhaftete die britische Militärpolizei Naumann und sieben weitere Mitstreiter, was immense Aufregung verursachte. In der westdeutschen Öffentlichkeit war man vor allem über die als ungerechtfertigt empfundene alliierte Einmischung empört, gleichwohl Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) betonte, dass er das Vorgehen der Briten für richtig hielt.²⁸

Von Deutschen ausgeführte rechtsterroristische Attentate gab es nach heutigem Kenntnisstand in der frühen Bundesrepublik nicht. Allerdings wurden entsprechende Gewalttaten auch nicht statistisch erfasst. Möglicherweise politisch motivierte Anschläge können somit durchaus als unpolitisch gewertet und übersehen worden sein. Belegt sind indes Vorfälle nicht-terroristischer rechtsradikaler Gewalt, so etwa körperliche Auseinandersetzungen zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten und antisemitisch motivierte Verwüstungen auf jüdischen Friedhöfen. Politische Gewalt und entsprechende Vorhaben waren vielleicht kein Massenphänomen in der frühen Adenauer-Zeit, sie traten aber schon in den frühen 1950er und nicht erst in den späten 1960er Jahre auf.²⁹

In den frühen 1950er Jahren war die öffentliche Haltung zum Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik sehr ambivalent. Ein Großteil der westdeutschen Gesellschaft war von dem Wunsch nach einem Schlussstrich beseelt. Die nationalsozialistischen Verbrechen wurden meist nur abstrakt als Katastrophe oder Tragödie umschrieben und die Strafverfolgung von NS-Tätern war ausgesprochen unpopulär geworden.³⁰ Die erste Bundesregierung unter Adenauer war um die rechtliche und gesellschaftliche Reintegration und Amnestierung ehemaliger Regimeanhänger bemüht und leitete innerhalb weniger Jahre zentrale Schritte zu deren Integration und Rehabilitation ein. Zugleich sah sich das Kabinett Adenauer aber auch mit der Notwendigkeit einer «vergangenheitspolitischen Grenzmarkierung» gegen den Nationalsozialismus und gegen Rechtsaußen konfrontiert: Wann und von wem die Grenzen zu einem nicht mehr akzeptierten Bekenntnis zum Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus

überschritten wurden, war in den ersten Jahren der Bundesrepublik eine politische Streitfrage von großer Relevanz.³¹

Herausgefordert wurde die Integrationspolitik unter Adenauer durch eine kleine Minderheit, in erster Linie ehemals Verfolgte und Gegner des NS-Regimes. Sie problematisierten vehement die Defizite der Entnazifizierung, die ins Schleppen geratene Strafverfolgung der NS-Verbrechen und personelle Kontinuitäten aus dem Nationalsozialismus. Die Wahlerfolge der SRP befeuerten überdies Befürchtungen, dass es in der Bundesrepublik zu einem Wiedererstarken rechtsradikaler Bewegungen kommen könnte, zumal die Alliierten seit 1949 die innenpolitischen Entwicklungen nicht mehr so strikt regulierten. Ihre Interventionen stießen auf eine erhebliche öffentliche Resonanz – im Ausland ebenso wie in Westdeutschland.³² Auch der Umgang mit rechtsradikaler Gewalt war von scharfen Auseinandersetzungen begleitet, die das retrospektive Bild einer «bleiernen Nachkriegszeit» modifizieren und korrigieren.

Im Umgang mit dem Technischen Dienst zeigten sich diese Konfliktlinien sehr deutlich. Der Bund Deutscher Jugend, die legale Dachorganisation des TD, hatte seit seiner Gründung 1950 von der finanziellen und ideellen Unterstützung durch bundesdeutsche Ministerien, Sympathiekundgebungen durch FDP- und Unionspolitiker und einer positiven Berichterstattung in der konservativen Presse profitieren können. Mit seiner antikommunistischen Ausrichtung und DDR-Gegnerschaft traf er den Nerv der frühen 1950er Jahre. Die Propagandaaktionen des BDJ wurden durch das Bundesministerium des Innern (BMI) und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ausdrücklich unterstützt und gefördert.³³ Im sozialdemokratisch regierten Hessen war der Bund hingegen nicht gern gesehen. Als an Pfingsten 1952 der BDJ in Frankfurt am Main eine Großveranstaltung mit rund 4500 Teilnehmer abhielt, wurde ein geplanter Marsch und eine Kundgebung durch die Frankfurter Innenstadt kurzfristig von Gerhard Littmann, dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten der Stadt, verboten. Am Vorabend war es zu Gewalttaten und Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten gekommen.³⁴

Den eigentlichen Erfolg des BDJ machten weniger hohe Mitgliederzahlen – mehr als 1000 Mitglieder dürfte der Bund trotz anderslautender Behauptungen nicht gehabt haben³⁵ – oder allzu großer Zuspruch aus der rechtsradikalen Szene aus. Es waren vielmehr seine Betriebsamkeit und

die politische Unterstützung aus dem Bund, die ihn zu einer festen Größe im antikommunistischen Spektrum der Bundesrepublik hatten werden lassen. Vor allem aber schien der BDJ Zugriff auf nicht enden wollende Geldmittel zu haben, die er nach außen hin als Spenden der deutschen Industrie deklarierte. Tatsächlich jedoch wurde der BDJ ebenso wie der TD zu fast 100 Prozent aus Töpfen des US-amerikanischen Office for Policy Coordination (OPC) finanziert, Vorläufer und verdeckter Operationsarm des Nachrichtendienstes Central Intelligence Agency (CIA).³⁶

Der TD war Teil der US-amerikanischen *stay behind*-Strategie und eine von mehreren Gruppen, die die CIA in Westdeutschland aufzubauen versuchte. Der so bezeichnete Aufbau irregulärer Truppen, die im Kriegsfall hinter der Front zurückbleiben würden (*stay behind*), wurzelte in der von den Westalliierten geteilten Einschätzung, dass eine Invasion der Sowjetunion in Westdeutschland möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich sei. Der Einmarsch nordkoreanischer Truppen in Südkorea am 25. Juni 1950, nur zwei Tage nach der BDJ-Gründung, ließ es Washington drängend erscheinen, die Bemühungen gegen einen befürchteten Einfall der Sowjetunion in Westdeutschland zu verstärken.³⁷ Zuerst innerhalb und dann parallel zum BDJ wurde ab 1951 der TD aufgebaut, dessen Aufgabe es sein sollte, Lehrgänge in Guerillakriegsführung und Sabotagetraining für ausgewählte BDJ-Mitglieder und Sympathisanten zu organisieren.³⁸

Die Unterstützung der beiden Gruppen durch den US-amerikanischen Nachrichtendienst ist gut erforscht.³⁹ In manchen pseudowissenschaftlichen Publikationen wird der TD jedoch als Teil einer deutschen «Geheimarmee» beschrieben und seine Mitgliederzahlen und Bedeutung stark überzeichnet. Das Skandalträchtige und Geheime, das solche Erzählungen über die Verquickung von Geheimdiensten und Rechtsradikalen umgibt, wird freilich dadurch stark relativiert, dass die US-amerikanische Beteiligung am TD bereits 1952 öffentlich diskutiert wurde.⁴⁰

Die überlieferten Akten weisen darauf hin, dass sich trotz der enthusiastischen Berichte, die die Projektverantwortlichen aus der deutschen Sektion des OPC nach Washington sandten, bereits der Start des TD-Projekts holprig und wenig erfolgreich gestaltete. Das Personal vor Ort – sowohl die TD-Leitung als auch der US-amerikanische Führungsoffizier – stellten sich als inkompetent und wenig vertrauenswürdig heraus. Im Juni 1952 kam dann der endgültige Beschluss aus Washington, den TD

weitgehend aufzulösen. Die Entscheidung der Amerikaner war nicht zuletzt der Befürchtung geschuldet, eine mögliche Enttarnung könne der militärischen Integration der Bundesrepublik in die Europäische Vereinigungsgemeinschaft (EVG) schaden, in deren Rahmen eine westeuropäische Armee geschaffen werden sollte.⁴¹

Gefährdete Demokratie? Skandal um den Technischen Dienst

Hans Ottos Vernehmung in Hessen im September 1952 machte diesem Ansinnen einen Strich durch die Rechnung. Polizeipräsident Littmann unterrichtete nach Bekanntwerden des Netzwerks den hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn (SPD) und ließ ab dem 13. September Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen durchführen.⁴² Dem erfahrenen Politiker Zinn war rasch klar geworden, welcher politische Zündstoff in der Tatsache lag, dass der TD umfangreiche «Feindeslisten» mit den Namen politischer Gegner angelegt hatte.⁴³

Den Sozialdemokraten bot sich hier die Möglichkeit, die Bonner Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und Deutsche Partei (DP) mit Blick auf die im Folgejahr anstehenden Bundestagswahlen öffentlich für ihre Unterstützung einer rechtsradikalen und gewaltbereiten Gruppierung anzuprangern. Die erste Bundestagswahl 1949 war nur knapp zugunsten Adenauers ausgefallen, sodass die SPD auf einen Sieg für 1953 hoffen konnte. Der Sozialdemokrat Zinn war 1950 als Regierungschef in Hessen angetreten, um ein rotes Gegenmodell zur schwarzen Adenauerregierung zu bilden. Vielen galt Zinn, der 1933 kurzzeitig im KZ gewesen war und nach dem Krieg hessischer Justizminister wurde, als «dynamischer Modernisierer». Bereits als Justizminister hatte er eine Personalpolitik betrieben, die darauf abzielte, beim Wiederaufbau der hessischen Justiz auf NS-Verfolgte und möglichst unbelastete Juristen zurückzugreifen.⁴⁴ Zinn war ein Freund und Vertrauter des jüdischen Juristen Fritz Bauer, der Anfang der 1950er Jahre Generalstaatsanwalt in Braunschweig war. 1956 holte er Bauer als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt am Main.

Der hessische Ministerpräsident setzte in der Angelegenheit Technischer Dienst auf eine offensive Öffentlichkeitsstrategie und informierte am 8. Oktober den hessischen Landtag über die Vorfälle.⁴⁵ Die Ansprache erzeugte ein breites Medienecho und die Enttarnung der rechtsradikalen

Untergrundgruppe beherrschte als «Partisanenaffäre» wochenlang die Schlagzeilen.⁴⁶ Am 23. Oktober 1952 beantwortete Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) im Deutschen Bundestag eine Große Anfrage der SPD zu dem Sachverhalt, woran sich eine längere Debatte anschloss. Die Oppositionsabgeordneten der SPD sahen einen rechtsradikalen Geheimbund am Werk, der sich mit Unterstützung staatlicher Institutionen für den bewaffneten Kampf gegen den Kommunismus rüstete, aber auch Vorkehrungen für einen «Bürgerkrieg» im Innern traf und «Feindeslisten» anlegte. Dies wecke Erinnerungen an die rechtsterroristischen Anschläge gegen die Weimarer Demokratie, die viele der SPD-Abgeordneten als republikanische Politiker selbst verteidigt hatten: «Wir haben schon einmal ähnliche Situationen erlebt. Ich erinnere an die Freikorps Roßbach, Ehrhardt, Heydebreck, Heinz, Wiking, Werwolf, Konsul [sic], Orgesch usw. Eine bunte Blütenlese!», sagte SPD-Abgeordnete Walter Menzel, der vor 1933 dem demokratischen Reichsbanner angehört hatte.⁴⁷ Damals habe der Staat nur zögerlich reagiert, was sich nun zu wiederholen drohe. Besonders empörend erschien, dass sich prominente SPD-Politiker auf den «Feindeslisten» des TD wiedergefunden hatten.⁴⁸

Vehement problematisierten die SPD-Politiker auch, dass im Bundesamt für Verfassungsschutz die Existenz des TD bekannt gewesen war und das Amt versucht hatte, dieses Wissen geheim zu halten. Albert Radke, Vizepräsident des BfV, und Oberregierungsrat Günther Nollau hatten seit Sommer 1951 zweimal Kontakt zum TD-Leiter Erhard Peters gehabt. Peters war persönlich im Bundesverfassungsschutzamt in Köln erschienen und hatte seinen Gesprächspartnern offengelegt, dass er mit alliierten Stellen zusammenarbeite.⁴⁹ Die Vorenthaltung staatlichen Wissens über die illegalen Pläne der BDJ-Mitglieder deuteten die SPD-Politiker als fundamental demokratiegefährdend und als Ausdruck dessen, dass die Bundesregierung ihrer historischen Verantwortung im Kampf gegen rechts nicht nachkäme. Der aktiven Unterstützung des TD durch die USA maßten die Sozialdemokraten weniger Bedeutung zu; für sie war der Fall ein innenpolitisches Problem.

Aus dem Blick geriet in der erhitzt geführten Kontroverse freilich, dass vor allem Kommunisten im Fokus des Technischen Dienstes gestanden hatten. Bei ihnen beschränkte sich die Sammelwut der TD-Mitglieder, anders als bei den bekannteren Politikern etwa von CDU oder SPD, nicht

auf den Namen und Lebenslauf der betreffenden Person. Sie erhoben vielmehr minutiös persönliche Details wie Adresse, frühere Wohnorte, Beruf und teils sogar Namen und Geburtsdaten der Kinder. Zudem waren zahlreiche Namen auf den Listen nicht als Funktionäre der KPD oder anderer kommunistischer Organisationen bekannt und somit keine Personen des öffentlichen Lebens. Es handelte sich bei ihnen um Privatpersonen, oftmals «kleine Leute», mit Berufsbezeichnungen wie Bergarbeiter, Schlosser, Kraftfahrer, Hausfrauen oder Buchbinder.⁵⁰ Sie waren allem Anschein nach ausgespäht worden, oder die Informationen entstammten offiziellen Meldedaten. Vor dem Hintergrund des zeitgenössischen Antikommunismus, den auch die Sozialdemokraten mittrugen, spielte es aber keine Rolle, dass sich als Kommunisten markierte Bürger der Bundesrepublik als Hauptzielpersonen auf den Listen von Rechtsterroristen wiederfanden. In den frühen 1950er Jahren galten Kommunisten in allererster Linie nicht als Opfer, sondern als Feinde der Verfassung und der Demokratie.⁵¹

Der TD zeigte auch antisemitische Tendenzen. Am 14. Januar 1953 fand die Polizei im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen ein TD-Mitglied in Niedersachsen eine weitere «Feindesliste». Das Dokument listete über 150 Namen und Adressen von Personen mit Hinweisen zu deren politischem Engagement, Beruf, Aktivitäten vor 1945, Widerstand und KZ-Haft, Mitgliedschaften – vor allem KPD und VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) – sowie Teilnahme an kommunistischen Veranstaltungen und Kontakte in die DDR. Bei sechs Personen war vermerkt, dass sie «Jude» oder «Halbjude» seien beziehungsweise «eine Jüdin zur Frau» hätten.⁵² Im März 1953 berichtete die auflagenstarke Wochenzeitschrift *Revue* über die antisemitische Ausrichtung dieser Liste; als Repräsentant der niedersächsischen Strafverfolgungsbehörden kam Fritz Bauer, Generalstaatsanwalt in Braunschweig, ausführlich zu Wort. Auf Bauers Weisung hin führte der Braunschweiger Oberstaatsanwalt das Verfahren gegen die niedersächsischen TD-Mitglieder.⁵³

Der Bericht in der *Revue* fand nur wenig Niederschlag in der Debatte. In der öffentlichen Auseinandersetzung um den TD ging es vielmehr darum, ob die Bundesrepublik die Fehler der Weimarer Republik wiederholte, in der gegenüber den rechtsterroristischen Freikorps und dem aufsteigenden Nationalsozialismus oftmals Hilflosigkeit, Toleranz oder gar

Sympathien geherrscht hatten. Vor diesem Hintergrund wird die Empörung der Sozialdemokraten verständlich, als sie erfuhren, dass eine Unterstützung oder Kenntnis des TD durch Bonner Behörden möglich schienen. Hinein spielten die persönlichen Erfahrungen und Prägungen derjenigen, die sich in der Weimarer Zeit an den Auseinandersetzungen um die Demokratie beteiligt und den Niedergang der Republik erlebt hatten.

Für das Kabinett Adenauer lag im Herbst 1952 in der Affäre um den TD durchaus politische Sprengkraft. Intern wurde die Sache mit hoher Priorität gehandhabt. Gerade die – mehr oder weniger vage – Kenntnis des BfV über die Vorgänge im TD gab dem Skandal eine unmittelbare Brisanz.⁵⁴ Ein konspirativer Zusammenschluss, der die Anwendung von Gewalt als innenpolitisches Mittel erwog, galt in der politischen Kultur der jungen Bundesrepublik eigentlich als inakzeptabel. Das BfV wies allerdings jegliche Mutmaßungen entschieden zurück, dass es vor September 1952 über die «Feindeslisten» des TD informiert gewesen sei. Es sei lediglich bekannt gewesen, dass Peters und «einige seiner Freunde an militärischen Vorbereitungen der Alliierten im Sowjetzonengrenzgebiet beteiligt waren».⁵⁵

Nach außen hin überblendete die Bundesregierung den brisanten inneren Sicherheitsaspekt durch eine Bagatellisierung des TD. Innenminister Lehr war in der Vergangenheit nicht unbedingt zimperlich mit Rechtsradikalen umgegangen: Im Sommer 1951 hatte er mit seinem Strafantrag den aufsehenerregenden Prozess gegen den SRP-Funktionär Otto Ernst Remer initiiert und auch das SRP-Verbotsverfahren auf den Weg gebracht.⁵⁶ In der TD-Affäre aber fiel er, ebenso wie Bundesjustizminister Thomas Dehler (FDP), mit einer stark abwiegelnden Haltung auf. So rief er am 19. Oktober 1952 in Hamburg öffentlich dazu auf, «die Aufdeckung illegaler Partisanen-Organisationen [...] nicht zu dramatisieren».⁵⁷

Hinter den Beteuerungen der Bundesregierung, den TD als politisch nutz-, aber harmlose Dilettanten anzusehen, stand die Botschaft, dass eine strikt antikommunistische Truppe keine ernsthafte Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung darstellen könne. Die Bundesregierung konnte von dem «antikommunistischen Grundkonsens» der frühen Bundesrepublik profitieren, der die eigentlichen Feinde der Republik am linken Rand verortete.⁵⁸ Die Angelegenheit gestaltete sich zugleich auch als

ein heikler außenpolitischer Balanceakt. Mit den Versuchen der Bundesregierung, die Affäre um den TD möglichst klein zu halten, versicherte sie sich der Zustimmung der US-Amerikaner, die aufgrund der negativen Schlagzeilen, die Zinns Enthüllungen erzeugt hatten, ausgesprochen verstimmt waren.⁵⁹

Die öffentliche Kontroverse um den TD zog sich noch bis zum Frühjahr 1953 hin. Ein größerer Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition war die Frage, wie der Fall juristisch zu behandeln sei, vor allem, ob und wie eine Strafverfolgung erfolgen sollte. Von Anfang an war die Linie der Bundesregierung, des Bundesjustizministeriums und der Bundesanwaltschaft darauf ausgerichtet, strafrechtlich möglichst wenig gegen BDJ und TD vorzugehen; dies war auch frühzeitig den Amerikanern signalisiert worden. Oberbundesanwalt Carlo Wiechmann hatte bereits im Oktober 1952 diverse Verfahren gegen führende Angehörige des TD übernommen.⁶⁰

Allerdings liefen bei den Staatsanwaltschaften Frankfurt und Braunschweig noch weitere Ermittlungsverfahren gegen TD- und BDJ-Funktionäre mit dem Vorwurf der Bildung verfassungsfeindlicher und auf Mord ausgerichteter Vereinigungen. Diese Strafverfahren waren Teil der Strategie der sozialdemokratisch geführten Länder, neben der politischen Debatte auch mit exekutiven Maßnahmen gegen BDJ und TD vorzugehen. Zudem wurde Anfang 1953 der BDJ in Hessen, später auch in anderen Bundesländern, verboten.⁶¹ In enger Abstimmung zwischen Bonn, Karlsruhe und Washington zog Wiechmann bis Spätsommer 1953 alle Verfahren an sich.⁶² Nun konnten Bundesanwaltschaft und das Bundesministerium der Justiz (BMJ) weitgehend unbehelligt über den weiteren Verlauf der Sache bestimmen. Oberbundesanwalt und Bundesgerichtshof (BGH) entschieden schließlich bis 1957 über die Einstellung aller Verfahren. Die TD-Mitglieder gingen straffrei aus – eine «auffallend nachsichtige Beurteilung», wie Christoph Safferling und Friedrich Kießling in ihrer rechtshistorischen Untersuchung der Bundesanwaltschaft konstatieren.⁶³

Antisemitische Gewalt in den 1950er Jahren

Bei der zweiten Bundestagswahl am 6. September 1953, zu der die mittlerweile verbotene SRP schon nicht mehr antreten konnte, vereinten rechtsradikale Parteien nur noch wenige Stimmen auf sich. Die großen Gewinner der Wahl waren die Unionsparteien, die im Vergleich zu 1949 ein Plus von über 14 Prozent erzielten. Die Versuche ehemaliger und neuer Nationalsozialisten, in der frühen Bundesrepublik eine parteiliche Basis aufzubauen, waren vorerst gescheitert.⁶⁴ Unter dem Radar der westdeutschen Öffentlichkeit wurden indes Organisationen wie 1952 die Wiking-Jugend (WJ) gegründet, die langfristig an der Etablierung eines gewaltbereiten neonazistischen Spektrums arbeiteten. Gerade die WJ hatte für spätere Rechtsterroristen eine wichtige Bedeutung als Politisierungs- und Vorfeldorganisation.⁶⁵ Über rechtsradikale Gewalt – ob organisiert oder unorganisiert – in der ersten Hälfte der 1950er Jahre ist nach heutigem Stand nur sehr wenig bekannt. Die Strafverfolgungsbehörden erfassten entsprechende Straftaten in jenen Jahren nicht als politisch motivierte Taten, zudem dokumentieren zeitgenössische Berichte, dass polizeiliche Ermittlungen in diese Richtung oftmals nur nachlässig geführt wurden. Das Thema bleibt somit ein Desiderat in der historischen Forschung.

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zeichnete sich allerdings ab, dass in der Bundesrepublik ein latentes rechtsradikales Gewaltpotenzial existierte. Abzulesen war dies an der steigenden Zahl antisemitischer Taten, vor allem an Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen. Diese waren schon nach Kriegsende ein fortlaufendes Problem gewesen, 1956 wurde aber die bis dato höchste Zahl von Taten dieser Art registriert.⁶⁶ Ab 1957 wurde diese Entwicklung in der Bundesrepublik stärker wahrgenommen und diskutiert, was zugleich auch Ausdruck der an Bedeutung gewinnenden kritischen Öffentlichkeit ab Mitte der 1950er Jahre war.⁶⁷

Viel mediale und politische Aufmerksamkeit erhielten umfangreiche Verwüstungen auf dem «Ausländerfriedhof» Jammertal im niedersächsischen Salzgitter-Lebenstedt im Frühjahr 1957. Dort befanden sich die Gräber von Juden, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren, sowie von mehreren tausend Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus ganz Europa. Die Täter stürzten in der Nacht zum 20. April – Hitlers Geburtstag – 80 Grabsteine und das acht Meter hohe jüdische

Ehrenmal um. An ein kleineres Ehrenmal für ermordete französische KZ-Häftlinge hängten sie eine lebensgroße Strohuppe, deren Hände auf dem Rücken gefesselt waren. Auf einem mit einem Hakenkreuz versehenen Schild stand «Deutschland erwache, Israel verrecke».⁶⁸

Das Ausmaß der antisemitischen Zerstörungen auf dem «Ausländerfriedhof» in Salzgitter überstieg nach zeitgenössischer Ansicht um ein Vielfaches die Dimensionen bisheriger Taten. Im sozialdemokratischen *Vorwärts* hob allerdings der jüdische Publizist und Sozialdemokrat Kurt Hirsch die zahlreichen Ausschreitungen dieser Art seit 1945 hervor. Oft seien die Taten bagatellisiert und als «Kinderstreiche» abgetan worden. Es sei notwendig, schrieb Hirsch, «daß die Behörden und die Bürgermeister nicht – wie dies oft geschieht – aus lokalpatriotischen Gründen bestrebt sind, solche Vorkommnisse in kleineren Orten geheim zu halten und in den Städten zu bagatellisieren, sowie in jedem Falle unter Kindern die Täter zu suchen».⁶⁹

Auch Vertreter der jüdischen Gemeinden wiesen nach den Verwüstungen auf dem Friedhof in Salzgitter mit großer Vehemenz darauf hin, dass sich die Bundesbehörden nicht ausreichend um das Problem antisemitischer Gewalt kümmerten.⁷⁰ Die scharfe Kritik an der bisherigen laxen Strafverfolgungspraxis führte dazu, dass im Fall Salzgitter Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) das Bundeskriminalamt (BKA) mit den Ermittlungen beauftragte. Tatsächlich aber ermittelte die damit beauftragte Sicherungsgruppe des BKA im Fall Salzgitter voreingenommen: Rechtsradikale als Täter schlossen die Ermittler vorschnell aus.⁷¹ Eine Folge der Tat in Salzgitter war aber immerhin, dass das Bundeskriminalamt Zerstörungen auf jüdischen Friedhöfen überhaupt zu dokumentieren begann – in einer ersten offiziellen Aufstellung dieser Art.⁷²

Die Bundesregierung und die Sicherheitsbehörden maßten Ende der 1950er Jahre antisemitischen Gewalttaten auch weiterhin keine große Relevanz bei.⁷³ Dennoch mussten sie auf die gewachsene öffentliche Resonanz, die auch aus dem Ausland kam, auf antisemitische Straf- und Gewalttaten reagieren. Eine scharfe Abgrenzung gegen den Antisemitismus, der nicht zuletzt von Bundeskanzler Konrad Adenauer als Problem des Randes der Gesellschaft dargestellt wurde, und der betont positive Blick auf das Judentum dienten nach außen hin als legitimierendes Element der jungen Demokratie in der Bundesrepublik.⁷⁴ Dieser gerade von offizieller

Seite, aber auch medial sorgsam gepflegte Philosemitismus produzierte ein Spannungsfeld. Er diente zum einen der politischen Legitimation und der Reputationspflege. Zum anderen brachte er jedoch mit sich, dass kritische Äußerungen zum aktuellen Antisemitismus nicht mehr wie zuvor ignoriert werden konnten.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de